



Engagementnachrichten 23/ 2021

Engagierter Koalitionsvertrag, schrumpfende Handlungsräume,
Zivilgesellschaft minus Demokratie, Motor der
Deprofessionalisierung, Kriminalisierung von Freiwilligen

„Jeder Erfolg ist nur die Eintrittskarte für ein schwierigeres Problem.“
(Henry Kissinger)

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

- „positiv überrascht“,

so lautete eine Formulierung, die wir häufig in unserem Netzwerk hörten, wenn es um den Koalitionsvertrag ging, um das, was über Zivilgesellschaft und Engagement darin geschrieben steht.

- „Mehr Fortschritt wagen“,

so heißt der Titel der [Vereinbarung von SPD, Grüne und FDP](#). Im ersten Anlauf scheint das also schon gelungen zu sein. Aber horchen wir mal genauer hinein, zunächst in die Präambel:

- „Eine starke Demokratie lebt von den Menschen, die sie tragen. Sie braucht eine vielfältige Kultur und freie Medien. Ehrenamt und demokratisches Engagement stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie verlässlich zu fördern, ist unsere Aufgabe.“

Das ist wahrscheinlich der klassische Sound von Koalitionsverträgen: alles aufnehmend, bedeutungsschwanger bis pathetisch. Wobei wir uns hier kurz gefragt haben: Wenn diese Annahmen so stimmen, müsste dann da nicht statt „Aufgabe“ das Wort „Pflicht“ stehen? Oder gilt das erst, wenn die Akteure richtig in Amt und Würden sind?

Obwohl an vielen Stellen von Ehrenamt oder Zivilgesellschaft die Rede ist, über den ganzen Vertrag verteilt, springen wir gleich zur Seite 117. Für unsereins besonders wichtig, denn hier werden die großen Themen aufgeföhren. Zunächst wird ein Zusammenhang zwischen Engagement, Demokratie und Bürokratie hergestellt.

- „Bürgerschaftliches Engagement ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie die Demokratiepölitik in den vergangenen Jahren immer bedeutsamer geworden. Wir wollen Menschen, die sich bürgerschaftlich engagieren,

unterstützen, gerade auch junge Menschen für das Ehrenamt begeistern und daher das Ehrenamt von Bürokratie und möglichen Haftungsrisiken entlasten.“

Eine nicht weniger weitreichende Ankündigung lautet:

- „Wir erarbeiten mit der Zivilgesellschaft eine neue nationale Engagementstrategie.“

Auch das kann man nur begrüßen – nicht ohne darauf hinzuweisen, dass es mit solchen Strategien so eine Sache ist. Es kann großen Spaß machen und ist vergleichsweise einfach, eine Strategie auszutüfteln. Doch wie wir alle wissen, ist es unheimlich schwer, sie auch umzusetzen und mit entsprechenden finanziellen Mitteln zu unterlegen. Oft versandet das dann.

Damit wären wir bei der allgemeinen Erkenntnis: Mit vielen Ankündigungen ist der erste Schritt gemacht – es braucht jetzt halt Leute, die die zweiten und dritten Schritte gehen, die die Mühen des Implementierens auf sich nehmen, unerschrocken, unbeirrt, mit Jawoll und Hurra! Zwei weitere frohe Botschaften, die solche Fragen aufwerfen, sind:

- „Wir werden die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt in ihrem Förderauftrag stärken und ihre Mittel erhöhen, damit sie bürgerschaftliches Engagement insbesondere in strukturschwachen Räumen stärker unterstützen kann.“
- „Das erfolgreiche Patenschaftsprogramm ‚Menschen stärken Menschen‘ wird fortgeführt.“

Hier lautet eine maßgebliche Frage des Wie der Umsetzung: Bleibt es bei vielen Förderungen bei jährlicher Bewilligung – oder dürfen es auch mal wieder Projekte mit mehrjähriger Laufzeit sein?

Ein Fortschritt, für den die künftige Regierungskoalition nicht so viel wagen muss, betrifft das Gemeinnützigkeitsrecht, wo eine Modernisierung angekündigt wird, „um der entstandenen Unsicherheit nach der Gemeinnützigkeitsrechtsprechung des Bundesfinanzhofes entgegenzuwirken“. Etwas zurückhaltend heißt es, man wolle dafür „gegebenenfalls“ auch die einzelnen Gemeinnützigkeitszwecke „konkretisieren und ergänzen“.

Ansonsten ist an vielen Stellen spürbar: Man verfolgt das Leitbild eines Staates, der

- Zivilgesellschaft „mehr einbeziehen“ und „besser einbinden“

will, etwa in digitalpolitische Vorhaben (S. 17), in die Forschung (S. 24), Stichwort Bürgerwissenschaften, in ein „klimaneutrales Stromsystem“ (S. 61) oder in die Erreichung von Bildungszielen, Stichwort Bildungsungleichheiten (S. 94). Vielleicht hätte man aus aktuellem Anlass Pandemiepolitik ergänzen können. Und hoffentlich werden unter Zivilgesellschaft nicht nur die großen Akteure verstanden, schließlich heißt es in anderem Zusammenhang:

- „Die gemeinnützigen Wohlfahrtsverbände sehen wir samt ihrer Angebotsvielfalt als wichtigen Partner bei der Förderung des gesellschaftlichen Engagements und Zusammenhalts.“ (S. 78)

So oder so wäre das aber wahrhaft ein Fortschritt. Ebenso wie das Vorhaben, „bis 2023 nach breiter Beteiligung (der Zivilgesellschaft, die Red.) ein Demokratiefördergesetz einzubringen“ (S. 117). An gleicher Stelle heißt es auch, die Finanzierung des Programms „Demokratie leben“ werde „dauerhaft“ abgesichert.

Bleibt uns, in unserer Zusammenschau des Koalitionsvertrags noch die lokalen und internationalen Handlungszusammenhänge zu betrachten. So sollen einerseits Kommunen gestärkt werden – durch „ein neues kooperatives Miteinander“:

- „Unser Ziel sind leistungsfähige Kommunen mit einem hohen Maß an Entscheidungsfreiheit vor Ort, eine verlässliche öffentliche Daseinsvorsorge, eine starke Wirtschaft und eine engagierte Zivilgesellschaft.“

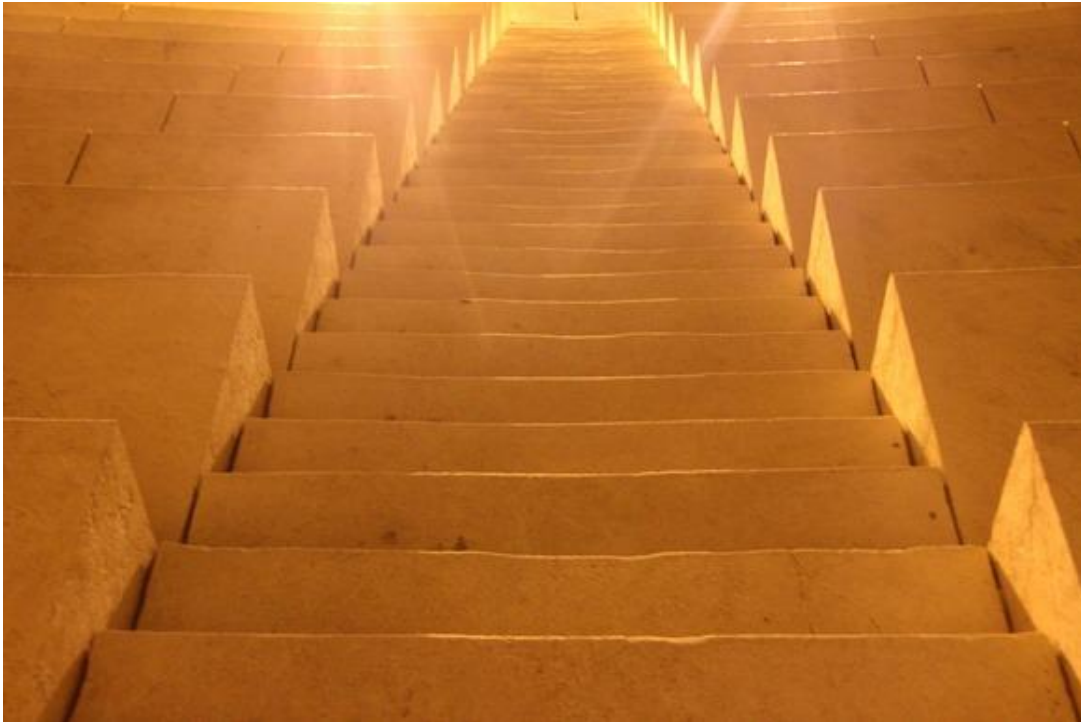
Andererseits will man „gemeinnützige Tätigkeit über Grenzen hinweg“ fördern, etwa durch EU-Rechtsformen für Vereine und Stiftungen und Erleichterung „grenzüberschreitender Spenden und Kooperationen“ (S. 132). Und auch die Zivilgesellschaften in anderen Ländern sind der neuen Koalition ein Anliegen und entsprechend „zu stärken und zu schützen“.

- „Zivilgesellschaften – insbesondere Journalistinnen, Aktivistinnen, Wissenschaftlerinnen und andere Menschenrechtsverteidiger – sind unverzichtbar für den Aufbau und Erhalt funktionierender Gemeinwesen.“

Noch ein Wort dazu, wie Presse und Medien über diese Vereinbarungen in Sachen Zivilgesellschaft und Engagement berichtet haben: nach unserem Eindruck so gut wie gar nicht. Stehen also nicht so weit oben auf der Prioritätenliste, trotz 30 Millionen Freiwilliger. Auch deshalb kann man die Maßnahmen als Fortschritt sehen.

Wenn Sie die engagementlastigen Übersichten zum Koalitionsvertrag von anderen anschauen wollen, empfehlen wir [diese](#) oder [jene](#).

Auch ohne Anspruch auf Vollständigkeit (und auf vollständige Gerechtigkeit auch nicht) folgen noch diese Hinweise.



Aus der Welt des Engagements

Publikation: Den zivilgesellschaftlichen Handlungsraum (nicht) schrumpfen lassen

Shrinking spaces – irgendwie hört sich diese Redewendung etwas zu niedrig an. Wie ein neuer wunderbar kurzweiliger und facettenreicher Sammelband deutlich macht, geht es immerhin darum, dass (oft autoritäre) Staaten es zivilgesellschaftliche Organisationen immer schwerer machen, aktiv zu sein, durch drakonische Strafen wie durch subtile Maßnahmen. Sprich, man drückt ihnen die Luft ab, indem man sie mal fester, mal sachter würgt. Man erklärt internationale Zusammenarbeit zur strafbaren Kooperation mit ausländischen Agenten – oder man legt Vereinen solche finanziellen Rechenschaftspflichten auf, dass Banken keine Kredite mehr geben oder Spender:innen den bürokratischen Aufwand fürchten. Stimmt, das waren jetzt Beispiele aus anderen Ländern. In Deutschland, so wird eine These zusammengefasst, ist eine Einschränkung

- „weniger durch direkte Unterdrückung bedingt, sondern vielmehr durch administrativ reformerische Stagnation, die durch eine politische Vernachlässigung der Zivilgesellschaft verursacht wird“. (S. 10)

Immerhin soll das jetzt besser werden. „Demokratie ist kein Streichelzoo. Shrinking Spaces – Schrumpfende Handlungsräume für die Zivilgesellschaft“, herausgegeben von Stephanie Pigorsch, Carsten Herzberg, Martin Bubner, Kay-Uwe Kärsten, Julia Schultheiss vom SJR – Stadtjugendring Potsdam e. V. und dem mitMachen e. V., hier als kostenloses E-Book [downzuladen](#).

Veranstaltung: Die Zivilgesellschaft in der Krise der Demokratie verstehen

Eine Vortragsankündigung, die sich zunächst wie ein Abgesang liest: „NPOs als zivilgesellschaftliche Organisationen waren ein wichtiger Bestandteil der bundesdeutschen Nachkriegsdemokratie. Doch der Grundkonsens, auf dem Staat, Gesellschaft und Politik basierten, ist nicht mehr vorhanden. Infolge von Neo-Liberalismus und Globalisierung sowie gesellschaftlicher Heterogenisierung und Individualisierung wurde ihm die Basis entzogen.“

Wie sich das alles entwickelt und wie es sich vor allem auf Zivilgesellschaft und ihre Organisationen auswirkt, das skizziert Prof. Dr. Annette Zimmer von der Universität Münster als „aktive Seniorprofessorin“ beim Theorie-Colloquium „Zivilgesellschaft in der Krise der Demokratie“ des Maecenata-Instituts am 13. Dezember um 18 Uhr hier. Zugangsdaten hier.

Veranstaltung: Engagement als Motor von Deprofessionalisierung und Prekarisierung von Arbeit und Sorge begreifen

Wird das eine spannende Veranstaltung! Die Titel der drei wissenschaftlichen Inputs lauten:

- „Umsonst und freiwillig? Freiwilligenarbeit und Informalisierung“
- „Freiwilligenarbeit als Ressource: Instrumentalisierung und Indienstnahme von Engagement“
- „‘Da könnte es ja auch ein weniger Ausgebildeter machen’: Freiwilligenarbeit und De-Professionalisierung“

Danach gibt es Kommentare aus gewerkschaftlicher, wohlfahrtsverbandlicher und engagementpolitischer Perspektive, bevor die Diskussion in Kleingruppen weiter geht. Die Frage, die die Veranstalter:innen von der Hans-Böckler-Stiftung und dem Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität umtreibt, beide verbunden über ein Forschungsprojekt, ist an latenter Dringlichkeit kaum zu überbieten. So schön das Engagement ist, weil es für Sinnstiftung und persönliche Nähe sorgt, so lässt sich das Thema salopp zusammenfassen, so bleibt offen, ob Engagement sich nicht auch dort (immer mehr) breitmacht, wo zuvor Professionelle am Werk waren bzw. hingehören. Präziser in der Sprache der Veranstalter:innen ausgedrückt:

- „Sehr viel seltener wird Freiwilligenarbeit dagegen auf ihre arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Kehrseiten, auf mögliche prekarisierende und/oder deprofessionalisierende Effekte befragt, und weitgehend unbeantwortet ist die Frage, ob das freiwillige Engagement neben allen Vorzügen auch ein Motor der Informalisierung von Arbeit und Sorge sein kann.“

Auf eine heiße Debatte darf man gespannt sein, denn allein die letztgenannte Frage behauptet ja: Informalisierung von Arbeit und Sorge ist immer ein Nachteil. Wir halten schon mal dagegen: Auf den richtigen Mix und das Zusammenspiel von ausreichend Professionellen und Freiwilligen kommt es an.

„Neue Kultur des Helfens oder Schattenökonomie? Aktuelle Herausforderungen von Engagement und Freiwilligenarbeit“ heißt der digitale Workshop am 17. Januar von 13 bis 17 Uhr. Mehr Infos [hier](#).

Von uns für Sie

+ Über **Gleichstellung und Sexismus** wird überall diskutiert – nur nicht in den Reihen der Zivilgesellschaft. Wir wagen einen 55-Minuten-Talk dazu mit Dr. Siri Hummel vom Maecenata Institut, kommenden Donnerstag um 10 Uhr. Anmeldung [hier](#).

+ Rasant haben sich viele **Freiwilligenagenturen digitalisiert - aber wie, wohin und wozu?** Wir laden zu einem Zwischenstopp am 17. Dezember ein, ein Arbeitsforum zum gemeinsamen Reflektieren, ausgehend von Einsichten aus acht Interviews mit Kolleg;innen aus Agenturen und mit Julia Junge als Trainerin und Organisationscoach. Mehr Info und Anmeldung [hier](#).

Auch das noch

Zivilgesellschaftliches Handeln in anderen Ländern schützen. Da hat die neue Koalition viel Arbeit. Man schaue aktuell nur nach Griechenland, wo eine berühmte Syrerin vor Gericht steht. Nach einer dramatischen Überfahrt 2016 gerade so überlebend in Griechenland angekommen, hatte Sarah Mardini danach als Schwimmerin zwei Mal im Refugee-Team an den Olympischen Spielen teilgenommen. Weil sie nach ihrer Flucht bald nach Lesbos zurückgekehrt war und dort in einer griechischen Organisation Geflüchteten geholfen hatte, ist sie jetzt angeklagt - wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, Betrug, Geldwäsche, Spionage, Menschenschmuggels. Entsprechend droht ihr langjährige Haft. Ein Bericht des EU-Parlaments soll den Prozess als „aktuell größten Fall der Kriminalisierung von Solidarität in Europa“ bezeichnen. In einem kurzen Kulturzeit-Film [hier](#) wird Sarah Mardini vorgestellt (ab Minute 25:30).

Im Namen des ganzen bagfa-Teams wünscht schöne Adventstage mit allenfalls wenig Jahresendzeitstress

Bernd Schüler



Impressum

Redaktion Engagementnachrichten:

Paula Bergmann, Tobias Kemnitzer, Bernd Schüler

V.i.S.d.P.: Tobias Kemnitzer

Datenschutz siehe hier

Gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e.V.
Potsdamer Straße 99 | 10785 Berlin
Tel 030-20 45 33 66 | Fax 030-28 09 46 99 | bagfa@bagfa.de

Vereinsregister des Landes Berlin (AG Charlottenburg), VR-Nr.: 19406 B
Steuernummer beim Finanzamt für Körperschaften Berlin:
27/657/50058/63

Falls Sie wissen wollen, was Freiwilligenagenturen tun: [Kurzfilm](#)
Falls Sie Mitglied der bagfa werden wollen: [weitere Infos](#)
Falls Sie andere auf diesen Newsletter hinweisen wollen: [Archiv und Anmeldung](#)
Falls Sie keine Engagementnachrichten mehr erhalten möchten: [Abmeldelink](#)